
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 17/3 (1990)

DOI: 10.11588/fr.1990.3.54244

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

THOMAS TRUMPP

NUR EIN PHANTASIEPRODUKT?

Zur Widergabe und Interpretation des Kurzprotokolls über die
59. Kabinettsitzung der Bundesregierung
am 19. November 1954, 10.00–13.50 Uhr
(Abstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1954)*

Das vom französischen Außenministerium im Jahre 1987 herausgegebene Quellenwerk DDF 1954¹ enthält ein als »Secret« eingestuftes Schreiben vom 30. November 1954, welches Bérard, der Stellvertreter des französischen Hochkommissars für Deutschland, an den französischen Außenminister (gleichzeitig Ministerpräsidenten) Mendès-France gerichtet hatte². Diesem Schreiben vom 30. November 1954 ist, in Anführungszeichen, eine *Wiedergabe* der Kabinettsitzung der Bundesregierung am 19. November 1954 inseriert. In diesem Zusammenhang mußte bereits Bérard einräumen: »Sur cette séance secrète, nos services spéciaux se sont procuré le compte rendu que j'adresse ci-dessous au Département avec les réserves d'usage«³. Der demnächst erscheinende Band 7: Die Kabinettsprotokolle 1954⁴ umfaßt *alle* amtlichen Kurz- und Wortprotokolle der Kabinettsitzungen der Bundesregierung in diesem Jahr (14.–64. Sitzung), so auch das amtliche Kurzprotokoll über die 59. Kabinettsitzung am 19. November 1954. Trotz der wissenschaftlichen Form der Veröffentlichung werden die als *Geheim* eingestuften Kabinettsprotokolle dieses Jahres dabei nicht herabgestuft und offengelegt. Das bedeutet im Klartext: die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung ab 1949 sind jeweils nur in der veröffentlichten Form allgemein zugänglich und benutzbar, es sei denn Kabinettsprotokolle (oder Auszüge davon) befinden sich in offenem Schriftgut, zum Beispiel in nicht gesperrten Nachlässen.

Die in Anführungszeichen gesetzte Insertion im Schreiben Bérards an Mendès-France enthält u. a. eine Redewendung von Bundesminister Franz Josef Strauß (»[...] de vouloir acculer la C.D.U. à la défensive, pour pouvoir, choisir les raisins dans le gâteau de la coalition'

* Die 1. bzw. 42. Ausfertigung (von insgesamt 50 Ausfertigungen) dieses amtlichen Kurzprotokolls, einer als *Geheim* eingestuften Verschlussache (VS), befindet sich in dem bald erscheinenden Band 7 (wie Anm. 4): Die Kabinettsprotokolle 1954, Bearbeitet von Ursula HÜLLBÜSCH und Thomas TRUMPP bzw. im Nachlaß Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 28–35, über den das Bundesarchiv in Koblenz verfügt.

1 Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, Documents Diplomatiques Français 1954 (21 Juillet–31 Décembre), Paris 1987 (= DDF 1954).

2 Document 403 in DDF 1954, pp. 825–826.

3 DDF 1954, p. 825.

4 Von dem vom Bundesarchiv herausgegebenen Serienwerk »Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung« (= Kabinettsprotokolle) sind bislang erschienen: Band 1: Die Kabinettsprotokolle 1949, Bearbeitet von Ulrich ENDERS und Konrad REISER, Boppard 1982; Band 2: Die Kabinettsprotokolle 1950, Bearbeitet von Ulrich ENDERS und Konrad REISER, Boppard 1984; Band 3: Die Kabinettsprotokolle 1950/II Wortprotokolle, Bearbeitet von Ulrich ENDERS und Konrad REISER, Boppard 1986; Band 4: Die Kabinettsprotokolle 1951, Bearbeitet von Ursula HÜLLBÜSCH, Boppard 1988; Band 5: Die Kabinettsprotokolle 1952, Bearbeitet von Kai von JENA, Boppard 1989; Band 6: Die Kabinettsprotokolle 1953, Bearbeitet von Ulrich ENDERS und Konrad REISER, Boppard 1989.

[...]); ein Vergleich mit dem amtlichen Kurzprotokoll der am 19. November 1954 stattgefundenen 59. Sitzung des zweiten Kabinetts Adenauer⁵, an der Franz Josef Strauß nachweislich nicht teilgenommen hatte, ergibt, daß es sich bei der französischen amtlichen Quelle um ein Dokument mit fragwürdigem Bezug zur deutschen amtlichen Quelle handelt⁶. Inhaltlich im Kern zutreffend sind dagegen, beispielsweise, die amtliche Mitteilung »Gesetzentwürfe des Kabinetts für die Verträge«⁷, der Kurzbericht »1. Das Bundeskabinett verabschiedet Pariser Abkommen 2. Nichtzustimmung der FDP-Minister und Vorbehalte der BHE- und DP-Minister zum Saarabkommen«⁸ und der Presseartikel »Ohne die Minister der Freien Demokraten, Beschlüsse des Kabinetts über die Verträge und das Saarabkommen«⁹.

Die Kabinettsitzung am 19. November 1954 (im Bundeshaus) dauerte von 10.00 bis 13.50 Uhr und erledigte dabei insgesamt vier Tagesordnungspunkte. Während der Behandlung des wichtigsten und schwierigsten Tagesordnungspunktes, nämlich des ersten, in dem es vor allem um die Abstimmung über das Saarabkommen vom 23. Oktober 1954¹⁰ ging, drohte die Koalition auseinanderzubrechen. Zwar gelang es Adenauer schließlich nach zähem, mehrstündigem Ringen doch noch, die Ratifikationsmaschinerie in Bewegung zu setzen¹¹, aber nach welch magerem Abstimmungsergebnis! So lehnten ab: die 4 FDP-Minister Blücher, Neumayer, Preusker und Schäfer sowie 1 CDU-Minister (Kaiser); so stimmten nur unter Vorbehalt zu: die 2 DP-Minister (Seebohm, Hellwege) und die 2 GB/BHE-Minister (Oberländer, Kraft); von den 4 abwesenden CDU/CSU-Ministern Schäffer, Erhard, Tillmanns und Franz Josef Strauß lagen nur 3 schriftliche Zustimmungen vor, darunter eine von Franz Josef Strauß¹². Daß Strauß an dieser Kabinettsitzung vom 19. November 1954 nicht teilgenommen

5 Umfaßte, neben dem Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen Adenauer, noch 18 Bundesminister, von denen 7 der Christlich Demokratischen Union (CDU) angehörten: Schröder, Erhard, Lübke, Storch, Kaiser, Wuermeling, Tillmanns; 3 der Christlich-Sozialen Union (CSU): Schäffer, Balke, Franz Josef Strauß; 4 der Freien Demokratischen Partei (FDP): Blücher, Neumayer, Preusker, Schäfer; 2 der Deutschen Partei (DP): Seebohm, Hellwege; 2 dem Gesamtdeutschen Block – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE): Oberländer, Kraft (vgl. im einzelnen Kabinettsprotokolle Bd. 6 [wie Anm. 4] S. 27f.).

6 Vgl. dazu aber die Fußnote in der Rezension von Ministère des Affaires Étrangères (wie Anm. 1) durch JOST DÜLFER in *FRANCIA* 15 (1987) S. 1093.

7 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 218 vom 20. Nov. 1954 S. 2008 (= Bulletin).

8 Kessing's Archiv der Gegenwart, XXV. Jg., 1954 S. 4835 (= Kessing).

9 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Nov. 1954 S. 3.

10 Text in Europa-Archiv 1954 S. 7020–7022 (= EA). – Aus der Fülle der einschlägigen Unterlagen sei hier nur verwiesen auf: Nachlaß Blankenhorn/34–35; Nachlaß Blücher/81, 178, 299; Nachlaß von Brentano/155; Nachlaß Hallstein/125–126; Nachlaß Kaiser/183, 184, 278; Nachlaß Kraft/12, 20, 27; Nachlaß Seebohm/8c; KONRAD ADENAUER, *Erinnerungen 1953–1955*, 4. Auflage Stuttgart 1984, S. 364–383. *Foreign Relations of the United States 1952–1954*, Volume V (= FRUS V): *Western European Security* (in two parts), Editor in chief: William Z. SLANY, Washington 1983, p. 1370–1464; DDF 1954 (wie Anm. 1) p. XLIV–XLVIII. Hans Manfred BOCK, *Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949 bis 1955*, in: *FRANCIA* 15 (1987) S. 640.

11 Der von der Bundesregierung am 19. Nov. 1954 beschlossene Entwurf eines Gesetzes betreffend das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Abkommen über das Statut der Saar nebst Text des Abkommens in deutscher und französischer Sprache und dazugehörigem Schriftwechsel sowie einer Begründung ging noch am 19. Nov. 1954 beim Bundesrat ein (vgl. im einzelnen Bundesrats-Drucksache Nr. 400/54 vom 19. Nov. 1954).

12 Vgl. dazu den maschinenschriftlichen Vermerk des Protokollführers Ministerialdirigent Karl Gumbel vom 23. Dez. 1954, der wie folgt lautet: »Dem Herrn Staatssekretär vorzulegen. In der Kabinettsitzung am 19. November 1954, in der die Pariser Verträge und Abkommen verabschiedet worden sind, waren u. a. die Minister Schäffer, Erhard und Strauß nicht anwesend. Ich erinnere mich, daß in dieser Sitzung erwähnt worden ist, die drei Minister hätten schriftlich Ihre Zustimmung zu den Verträgen

haben konnte, läßt sich aber bereits aus einem offenen Aktenband des Bundeskanzleramtes (B 136/4799) unschwer belegen. Der nämliche Sachverhalt im Zusammenhang mit dem mageren Abstimmungsergebnis ist auch einer undatierten Aufzeichnung Blankenhorns¹³ zu entnehmen, der an dieser Kabinettsitzung zugegen war, weil er im Auftrage Adenauers über seine bisherigen Verhandlungen in Paris zu berichten hatte¹⁴.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß ein Vergleich der fragwürdigen französischen amtlichen Quelle (Insertion in das als »Secret« eingestufte Document 403)¹⁵ sowohl mit der von der herausgebenden Dienststelle (Bundeskanzleramt) als »Geheim« bestimmte deutschen Quelle als auch mit einschlägigem, im Bundesarchiv verwahrtem offenem Schriftgut nicht eine einzige inhaltliche, formale oder gar sprachliche Übereinstimmung ergibt, keinen Wahrheitskern, ja nicht einmal ein Wahrheitskörnchen. Dementsprechend ist auch die Dülffersche *Interpretation* in der Fußnote seiner Rezension¹⁶ von Document 403 in DDF 1954 zu berichtigen.

Auf eine abschließende Bewertung dieser Insertion (in Document 403) und seines fragwürdigen Bezugs zur Realität (z.B. »Strauss [C.S.U.] attaque alors la F.D.P.«) habe ich zu verzichten, weil mir die einschlägigen französischen Gegenüberlieferungen (Geheimdienstquellen), vor allem Informationen über das Warum und Weshalb, verschlossen sind und bleiben. Für mich besteht kein Zweifel, daß es sich bei dem fünfseitigen maschinenschriftlichen amtlichen Kurzprotokoll zum Tagesordnungspunkt 1 »Entwurf eines Gesetzes betreffend das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Vertragswerk« der 59. Kabinettsitzung der Bundesregierung am 19. November 1954 um ein Schlüsseldokument handelt: nach zähem, mehrstündigem Ringen mit seinen Kabinettskollegen hatte sich der Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen Konrad Adenauer in der Saarfrage durchgesetzt. Nicht zuletzt dadurch erreichten die Deutschen, was sie sich nur wünschen konnten – auch wenn dies erst ein Jahr später deutlich wurde: das Abstimmungsergebnis vom 23. Oktober 1955 bildete die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung im kleinen, d.h. für die am 1. Januar

erteilt. Minister Strauß verlangt jetzt, daß seine schriftliche Erklärung noch in das Protokoll aufgenommen werden soll, allerdings unter Hervorhebung von 2 Einschränkungen, die er zum Saarabkommen gemacht habe. Diese Einschränkungen sollen in einem zweiten und früheren Brief enthalten sein. Ich kenne keinen der Briefe, und in der Kabinettsitzung ist von den Vorbehalten des Ministers Strauß auch nicht die Rede gewesen. Ich könnte allenfalls im Protokoll nachtragen, daß die drei genannten Minister ihre Stellungnahme zu den Verträgen schriftlich übermittelt und ihnen zugestimmt hätten.« Den letzten Satz dieser Aktennotiz ergänzt Staatssekretär Hans Globke am 24. Dez. 1954 handschriftlich wie folgt: »Dies ist vom H[errn] B[undes]k[anzler] bekannt gegeben worden« (B 136/4799). – Vgl. dazu auch Schreiben Gumbels an Strauß vom 14. Jan. 1955, das wie folgt lautet: »Ihrem Wunsche gemäß habe ich das Protokoll über die 59. Kabinettsitzung der Bundesregierung am 24. 11. 54 dahin ergänzt, da Sie und auch die Herren Bundesminister Schäffer und Prof. Dr. Erhard der Verabschiedung der Pariser Verträge durch das Kabinett schriftlich zugestimmt haben. Zu meinem Bedauern bin ich aber nicht in der Lage, Ihren weitergehenden Wunsch zu erfüllen und auch einen Hinweis in das Protokoll aufzunehmen, daß Sie in einem weiteren Schreiben an den Herrn Bundeskanzler hinsichtlich des Saar-Abkommens gewisse Einschränkungen gemacht haben. Der Inhalt dieses zweiten Schreibens ist von dem Herrn Bundeskanzler, wie ich mich in der Zwischenzeit noch einmal vergewissert habe, nicht erwähnt worden, war somit nicht Gegenstand der Verhandlungen« (ebenda).

13 »Freitag, 19. November 1954« (Nachlaß Blankenhorn/36b).

14 Vgl. dazu »Kurzprotokoll über die Aussprache, die zwischen Herrn Soutou, Botschaftsrat von Walther und Botschafter Blankenhorn am 11. November 1954, abends 20.30 Uhr bis 24.00 Uhr in Paris stattgefunden hat«, ohne Datum (Nachlaß Blankenhorn/35) mit »Note du Cabinet du Ministre, Conversation avec M. Blankenhorn; Paris, 13 novembre 1954« (Document 344 in DDF 1954 [wie Anm. 1] pp. 713–716).

15 Wie Anm. 2.

16 Wie Anm. 6.

1957 erfolgte Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland. In diesem Zusammenhang erwies sich die französische Seite als bemerkenswert guter Verlierer, was von vielen damals als das eigentliche Wunder an der Saar betrachtet wurde¹⁷.

*

Freitag, 19. November 1954¹⁸

Ab 10 Uhr Kabinettsitzung. Tagesordnung: Beschlußfassung über die Pariser Verträge. Der Bundeskanzler leitet die Verhandlung damit ein, daß er auf die kürzliche Enthaltung der Labour Party in den Verhandlungen des englischen Parlaments hinweist, die er für einen ersten Erfolg der sowjet-russischen Gegenaktion ansieht¹⁹. Es habe keinen Sinn, nun länger mit der Beschlußfassung über die Verträge zu zögern. Entschließe man sich heute nicht, so würden die Fristen versäumt und die erste Lesung am 16. und 17. Dezember gefährdet. Eine Verschiebung dieser ersten Lesung²⁰, die vom Ältestenrat einstimmig beschlossen worden sei²¹, bringe aber immer stärkere Unsicherheit in das deutsche Volk, das heute durch die Wahlkämpfe in Hessen und Bayern²², durch die Narreteien gewisser Personen²³ und die Haltung gewisser Parteien im Parlament in eine solche Verwirrung gebracht sei, daß man mit großer Sorge erfüllt sein müsse. Außerdem ständen weitere massive Aktionen der Sowjetunion unmittelbar bevor. Man müsse deshalb ein für allemal dieser Entwicklung durch einen Entschluß Einhalt gebieten. Er schlage deshalb vor, daß die Mitglieder des Kabinetts den Verträgen zustimmten. Für die, die es heute noch nicht mit ihrem Gewissen glaubten vereinbaren zu können, müsse nach einer entsprechenden Formel für eine Reserve gesucht werden.

Bundesminister Schröder unterstützte in wirksamer Weise den Bundeskanzler. Die FDP-

17 Hans-Peter SCHWARZ, Die Ära Adenauer – Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981 S. 285 in Anspielung auf Heinrich SCHNEIDER, Das Wunder an der Saar – Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit, Stuttgart 1974, S. 463 und 489.

18 Blankenhorns undatierte Aufzeichnung »Freitag, 19. November 1954« befindet sich in Nachlaß Blankenhorn/36b, Bl. 248–249; sie umfaßt 2 Schreibmaschinenseiten und wird hier buchstaben- und satzzeichengetreu abgedruckt.

19 Das Unterhaus hatte am 18. Nov. 1954 nach zweitägiger Debatte die Pariser Verträge mit 264 gegen 4 Stimmen gebilligt. Dabei enthielt sich die Labour-Fraktion mit Ausnahme von vier Pazifisten, die gegen die Verträge votierten, der Stimme, obwohl sie sich am 11. Nov. 1954 zugunsten einer Ratifikation ausgesprochen hatte (EA 1954 S. 7183).

20 Die am 15. Dez. 1954 begonnene erste Lesung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag wurde am 16. Dez. 1954 abgeschlossen. Am 15. Dez. war zunächst ein Antrag der SPD, die Aussprache über das Saarabkommen bis zur Klärung der darüber noch bestehenden deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu vertagen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden. In der Debatte, der eine Erklärung Bundeskanzler Adenauers vorausging, lehnten am 16. Dez. 1954 die Sprecher der SPD die Pariser Verträge in ihrer Gesamtheit ab; die Sprecher der Regierungsparteien unterstützten die Verträge, doch wurde das Saarabkommen von der FDP und dem GB/BHE abgelehnt, während die DP sich ihre Stellungnahme dazu noch vorbehielt (EA 1955 S. 7257).

21 Erst am 30. Nov. 1954 wurde vereinbart, die letzten Plenarsitzungen vor Weihnachten auf den 15., 16. und 17. Dez. 1954, jeweils 9 Uhr, anzuberaumen (vgl. dazu im einzelnen Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode 1953–1957: Ältestenrat, Kurzprotokoll der 40. Sitzung am 30. Nov. 1954 [Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages]).

22 Am 28. Nov. 1954 fanden Wahlen zum 3. Landtag in Hessen und zum 3. Landtag in Bayern statt.

23 Zu dem in einer Rede in Gelsenkirchen am 16. Nov. 1954 von Wuermeling erhobenen Vorwurf, bei der Wahl Gerstenmaiers zum Bundestagspräsidenten (am selben Tage) seien religionsfeindliche Tendenzen zum Vorschein gekommen, was von der Bundestagsfraktion der CDU (Krone) bestritten wurde, vgl. im einzelnen Keesing 1954 S. 4846f. Vgl. dazu auch das Protokoll der CDU/CSU Vorstandssitzung am 16. Nov. 1954 in Nachlaß Barzel sowie den Artikel »Die Union rückt von Wuermeling ab, Stürmische Proteste gegen den Minister im Bundestag« in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Nov. 1954.

Minister erklärten, daß sie bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht zustimmen könnten. Herr Preusker erklärte, daß man den Verlauf der weiteren Verhandlungen Botschafter Blankenhorns in Paris abwarten müsse, um sich ein endgültiges Urteil bilden zu können. Die dort erreichten Ansätze²⁴ seien zweifellos positiv, reichten aber nicht aus, um die FDP zu überzeugen. Deshalb bitte er, die Entscheidung zu verschieben – zunächst auf Mitte/Ende kommender Woche. Über die Verlängerung der Fristen könne man sicher mit dem Bundesrat verhandeln. Eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Ministerpräsidenten sei angesichts der negativen Haltung der verschiedenen Landtage sowieso geboten²⁵.

Ich erkläre mit großem Nachdruck, daß Mendès-France anlässlich meines letzten Aufenthalts in Paris mir habe sagen lassen²⁶, daß er keine neuen Verhandlungen über das Saarabkommen wünsche. Man sei französischerseits lediglich dazu bereit, gewisse Interpretierungen des Abkommens vorzunehmen und über die Durchführungsbestimmungen zu sprechen. Würden jetzt die Abkommen vom Bundeskabinett nicht verabschiedet – dies gelte insbesondere vom Saarabkommen – so entstehe bei der französischen Regierung der Eindruck, als ob mein für kommende Woche geplanter zweiter Aufenthalt in Paris²⁷ dazu dienen solle, wesentliche Modifikationen des Abkommens zu erreichen. Es bestehe die Gefahr, daß dann die französische Regierung die Besprechungen absagt.

Würmeling schlägt vor, daß das Bundeskabinett die Verträge verabschiedet mit der Reserve, daß die im Ministerrat der Westeuropäischen Union vertretenen Mächte gewissen Klarstellungen und Ausführungsbestimmungen, die sich als notwendig erweisen, zustimmen.

Nach langem Hin und Her, in welchem die FDP-Minister auf ihrer Haltung verharren und Bundesminister Kaiser in pathetischem, etwas weinerlichem Ton erklärt, daß er sich niemals für den Saarvertrag ohne erhebliche Modifikationen aussprechen könne, beschließt das Bundeskabinett, zur Abstimmung über die Verträge zu schreiten. Vor der Abstimmung machen die vier Minister von BHE und DP die Reserve, daß sie in der Abstimmung zustimmen werden unter der Voraussetzung, daß daraus für sie keine Bindung bei der endgültigen Verabschiedung der Verträge im Bundestag entsteht.

Die Abstimmung ergibt dann eine eindeutige Mehrheit für die Verabschiedung der Verträge. Die Minister Schäffer, Strauss und Erhard haben ihr positives Votum schriftlich eingereicht. Die CDU-Minister stimmen also mit Ausnahme Kaisers geschlossen dafür, ebenso die Minister der BHE und DP. Die vier FDP-Minister stimmen dagegen, offensichtlich unter dem Druck ihrer eigenen Fraktion, die, falls sie dafür gestimmt hätten, ihren sofortigen Rücktritt erzwungen haben würden. Die Verträge werden also am heutigen Tage dem Bundesrat zugeleitet²⁸. Die Ratifikationsmaschinerie läuft damit an.

24 Vgl. »Kurzprotokoll über die Aussprache, die zwischen Herrn Soutou, Botschaftsrat von Walther und Botschafter Blankenhorn am 11. November 1954, abends 20.30 Uhr bis 24 Uhr in Paris stattgefunden hat«, ohne Datum, in Nachlaß Blankenhorn/35 und Schreiben Blankenhorns an Hallstein vom 23. Nov. 1954 (ebenda).

25 Vgl. dazu die beiden Artikel »Bayerische Opposition gegen das Saarabkommen« in Neue Zürcher Zeitung vom 28. Okt. 1954 und »Schwere Bedenken Altmeiers gegen das Saarstatut. Der Landtag von Rheinland-Pfalz fordert Klarstellungen und Verbesserungen« in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Nov. 1954; vgl. dazu auch »Erklärung der Landesregierung von Rheinland-Pfalz zur Saarfrage in der Landtagssitzung vom 5. November 1954« (Umdruck) in Nachlaß Kaiser/278.

26 Vgl. im einzelnen die Anlage (Übersetzung) zum Vermerk von Maltzans vom 11. Nov. 1954 in Nachlaß Blankenhorn/35.

27 Zu den Gesprächen Soutous mit Blankenhorn am 28. und 30. Nov. 1954 vgl. Telegramme Blankenhorns an AA vom 28. und 30. Nov. 1954 in Nachlaß Blankenhorn/36b.

28 Der von der Bundesregierung am 19. Nov. 1954 beschlossene Entwurf eines Gesetzes betreffend das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Abkommen über das Statut der Saar nebst Text des Abkommens in deutscher und französischer Sprache und dazugehörigem Schriftwechsel sowie einer Begründung ging noch am 19. Nov. 1954 beim Bundesrat ein (vgl. im einzelnen Bundesrats-Drucksache Nr. 400/54 vom 19. Nov. 1954).

Es wird nun meine nicht unerhebliche Aufgabe sein, in den Pariser Besprechungen²⁹ ein möglichst weitgehendes Ergebnis zu erzielen. Ich werde unmittelbar an diese Besprechungen nach London reisen, um mich der britischen Unterstützung in diesen Fragen zu versichern. Einen guten Vorwand gibt der 80. Geburtstag Churchills, zu dem ich die Glückwünsche des Bundeskanzlers und ein Geschenk überbringen soll³⁰. Das Pressecommuniqué, das vom Bundeskabinett herausgegeben worden ist, lautet wie folgt:

»Das Bundeskabinett verabschiedete in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Adenauer vier Entwürfe zu Gesetzen für die folgenden Pariser Verträge:

1. Protokoll über die Ablösung des Besatzungsstatuts in der Bundesrepublik Deutschland.
2. Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland.
3. Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Brüsseler Pakt und zum Nordatlantikpakt.
4. Deutsch-französisches Saarabkommen.

Im Laufe der Aussprache wurde im Bundeskabinett ausführlich erörtert, welche Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen das Saarabkommen noch erforderlich macht. Bei dieser Beschlußfassung ging das Bundeskabinett davon aus, daß die Mächte, die demnächst in dem Ministerrat der WEU vertreten sein werden, sich bereit finden, diese Klarstellungen und Durchführungsbestimmungen vorzusehen³¹.

29 Wie Anm. 27.

30 Zum Besuch Blankenhorns bei Churchill (der am 30. Nov. 1954 seinen 80. Geburtstag feierte und mit Ehrungen aus aller Welt überschüttet wurde) am 1. Dez. 1954, 16.30 Uhr, mit »Geschenkübergabe an den britischen Premierminister« vgl. Telegramm Blankenhorns an Adenauer vom 1. Dez. 1954 in Nachlaß Blankenhorn/36b.

31 Bulletin vom 20. Nov. 1954 S. 2008 und Keesing 1954 S. 4851.